

PROTOKOLL Nr. 03 (Budget)

**Der Gemeindeversammlung
vom 17. Dezember 2025, 20:15 Uhr
im Forum Landquart, Landquart**

Traktanden:

1. Wahl der Stimmenzähler
 2. Genehmigung Protokoll der Gemeindeversammlung vom 9. Oktober 2025
 3. Genehmigung Traktandenliste zur heutigen Versammlung
 4. Verlängerung Vereinbarung mit den Bergbahnen Gräsch-Danusa AG in Sachen «Einheimisch-Bergbahntarif mit spezieller Jugendsportförderung» um 5 Jahre bis zum 30. November 2031
 5. Budget 2026 der Industriellen Betriebe Landquart (IBL) und der Gemeinde Landquart
 - Eintreten
 - Genehmigung Budget Verpflichtungskredite der Industriellen Betriebe Landquart (IBL)
 - Genehmigung Budget der Industriellen Betriebe Landquart (IBL)
 - Genehmigung Budget Verpflichtungskredite der Gemeinde Landquart
 - Genehmigung Budget der Gemeinde Landquart
 - Festsetzung des Steueransatzes für die kommunalen Einkommens-, Ertrags- und Vermögenssteuern
 6. Varia und Umfrage
-

Traktanden:

2025-13

027.03.

Gemeindeversammlungen

Wahl der Stimmenzähler

Als Stimmenzähler für die heutige Versammlung werden

Name

Vorname

Wohnort

einstimmig gewählt.

Sie stellen die Anzahl von 282 Stimmberechtigten fest.

2025-14
027.04.

Protokolle

Genehmigung Protokoll der Gemeindeversammlung vom 9. Oktober 2025

Ausgangslage Erwägungen

Zum öffentlich aufgelegten Protokoll der Gemeindeversammlung vom 9. Oktober 2025 sind innert der Auflagefrist keine Änderungsbegehren eingegangen. Es gilt somit als genehmigt.

2025-15
027.03.

Gemeindeversammlungen

Genehmigung der Traktandenliste zur heutigen Versammlung

Die Traktandenliste zur heutigen Versammlung wird einstimmig genehmigt.

2025-16
020.04.

Wertschriften, Darlehen, Beiträge an Vereine

Verlängerung Vereinbarung mit den Bergbahnen Grösch-Danusa AG in Sachen «Einheimisch-Bergbahntarif mit spezieller Jugend-sportförderung» um 5 Jahre bis zum 30. November 2031

Zum Eintreten orientiert der Gemeindepräsident:

Mit den Bergbahnen Grösch-Danuser AG hat die Gemeinde im Jahr 2021 eine Vereinbarung in Sachen «Einheimisch-tarif mit spezieller Jugendförderung auf die Dauer von 5 Jahren abgeschlossen. Diese Vereinbarung würde sich still um ein weiteres Jahr verlängern, sofern nicht eine Partei ein Jahr vor Ablauf kündigt. Der Gemeindevorstand hat den Vertrag auf den 30. November 2026 gekündigt und ein neues Angebot eingeholt. Die Verlängerung der Vereinbarung soll dem gleichen Gremium vorgelegt werden, welches am 25. November 2021 die Vereinbarung beschlossen hatte. Der Gemeindevorstand hat das Angebot geprüft. Es entspricht im Grundsatz der aktuellen Fassung. Der Gemeindevorstand empfiehlt aufgrund der sich abzeichnenden finanziellen Lage, den Vertrag nicht mehr zu verlängern. Anhand von Folien wird der Abonnementsverkauf aufgezeigt. In der Saison 2024/25 kostete das Angebot die Gemeinde rund CHF 46'000.-. Im Budget 2026 ist ein Betrag von CHF 49'300.- aufgenommen worden. Die Diskussion wird eröffnet. Ein Versammlungsteilnehmer zeigt sich erstaunt, dass der Gemeindevorstand das Geschäft der Versammlung vorlegt. Das Vorgehen entspreche nicht dem Leitbild, welches sich der Gemeindevorstand kürzlich gegeben hat. Die Vereinbarung solle verlängert werden. Ein weiterer Versammlungsteilnehmer unterstützt das Votum seines Vorredners. Ein Mitglied der Gemeindeversammlung zeigt sich ebenfalls enttäuscht, dass der Gemeindevorstand die Vereinbarung gekündigt hat. Das damalige Initiativkomitee empfinde dies als Affront. In einem Budget von CHF 50 Mio. müsse ein Betrag von CHF 45'000.- Platz finden. Es empfiehlt der Ver-

sammlung, entgegen dem Vorschlag des Gemeindevorstands, die Vereinbarung zu verlängern. Nach diesen Ausführungen ist eintreten beschlossen. Gemäss dem Präsidenten lebt der Gemeindevorstand das neue Leitbild im Bereich Jugendförderung bereits. Im Budget 2026 ist ein Betrag von CHF 65'000.- für Jugendförderung enthalten. Insgesamt werden 17 Vereine mit 660 Jugendlichen unterstützt. Ein Angebot soll jedoch vorwiegend in der Gemeinde bereitgestellt werden. Das Geschäft wurde der heutigen Versammlung vorgelegt, um genügend Zeit für die Umsetzung zu haben. Mit der Vorlage wollte der Gemeindevorstand dem Souverän Gelegenheit geben, explizit über eine Verlängerung zu entscheiden. Im Weiteren muss die Gemeinde, aufgrund der anstehenden Investitionen in nächster Zeit den Gürtel enger schnallen. Im nächsten Jahr wird der Versammlung ein Paket der anstehenden Investitionen vorgelegt. Hier hat der Gemeindevorstand eine Sparmöglichkeit erkannt. Schlussendlich entscheidet demokratisch die Gemeindeversammlung und nicht der Gemeindevorstand. In der Detailberatung erläutert der Präsident das Angebot, welches sich nicht wesentlich von der bisherigen Regelung unterscheidet. Die Gemeinde bewegt sich zurzeit im mittleren Modell «flexibler Beitrag». Die Nutzung des Angebots wird anhand von Zahlen der letzten Jahre dokumentiert. Mit einem Bevölkerungswachstum von 1 % würden die Kosten in den nächsten fünf Jahren auf CHF 50'440.- bis CHF 71'180.- anwachsen. Abschliessend zeigt der Präsident die bis ins Jahr 2030 in der Gemeinde anstehenden Investitionen im Vergleich zur Selbstfinanzierung. Investiert werden müssen insgesamt CHF 107 Mio. Davon fallen auf den Hochbau CHF 63 Mio., den Tiefbau CHF 12 Mio., auf verschiedenes CHF 5 Mio. sowie ins Agglomerationsprogramm CHF 27 Mio. Unter dieser Prämisse muss der Gemeindevorstand gut überlegen, wie die finanziellen Mittel eingesetzt werden. Ohne entsprechende Massnahmen würden die Schulden von heute CHF 48 Mio. auf CHF 91 Mio. steigen. Der Gemeindevorstand arbeitet an einer Finanzanalyse. Zum Schluss kann der Präsident informieren, dass die Bürgergemeinde eine Beteiligung prüft. Die Versammlung verzichtet auf weitere Wortmeldungen. «Der Gemeindevorstand empfiehlt aufgrund der sich abzeichnenden Verschlechterung der finanziellen Situation der Gemeinde die vorliegende Vereinbarung mit den Bergbahnen Grösch-Danusa AG zur Ablehnung.» Die Versammlung lehnt den Antrag des Gemeindevorstands mit 51 zu 208 Stimmen ab. Die Vereinbarung wird somit um weitere fünf Jahre verlängert.

2025-17
020.08.

Voranschläge, Budgetversammlung

Budget 2026 der Industriellen Betriebe Landquart (IBL) und der Gemeinde Landquart

- Eintreten
- Genehmigung Budget Verpflichtungskredite der Industriellen Betriebe Landquart (IBL)
- Genehmigung Budget der Industriellen Betriebe Landquart (IBL)
- Genehmigung Budget Verpflichtungskredite der Gemeinde Landquart
- Genehmigung Budget der Gemeinde Landquart
- Festsetzung des Steueransatzes für die kommunalen Einkommens-, Ertrags- und Vermögenssteuern

Ausgangslage

Einleitend erläutert der Präsident anhand eines Schemas, wie die Gemeinde die Geschäftsfälle in der Erfolgsrechnung sowie der Investitionsrechnung behandelt.

Budget IBL

Die Departementsvorsteherin erläutert der Versammlung das Budget der Industriellen Betriebe Landquart (IBL). Einleitend wird über die generelle Versorgungssicherheit und die Massnahmen für das Jahr 2026 hingewiesen. Im Verfahren wird zuerst über Eintreten beschlossen, im Anschluss wird über verschiedene Verpflichtungskredite abgestimmt. Zum Schluss wird über das gesamte IBL-Budget abgestimmt. Nach diesen Ausführungen wird Eintreten beschlossen. In der Detailberatung erläutert die Departementsvorsteherin, dass der laufende Betrieb in allen Bereichen ausgeglichen ist. Die Investitionen im Geschäftsjahr 2026 sind hoch, aber notwendig.

Verpflichtungskredite (Wasserversorgung)

- Mastrils; Hydrantenleitung Ragazerstrasse-Gässli-Bergstrasse über CHF 2,915 Mio.
- Igis, Hydrantenleitung Magergasse über CHF 1,540 Mio.
- Igis; Hydrantenleitung Stationsstrasse über CHF 1,320 Mio.
- Landquart, Hydrantenleitung Untermühleweg über CHF 0,715 Mio.
- Landquart, Hydrantenleitung Plantahof über CHF 0.275 Mio.

Die Summe der Verpflichtungskredite beläuft sich somit auf CHF 6,765 Mio.

Die Versammlung stimmt den Verpflichtungskrediten über CHF 6,765 Mio. mit grossem Mehr zu.

Abwasserreinigungsanlage Landquart

Im Abwasserverband Landquart steht eine etappierte Erneuerung an. Dabei wird mit Investitionen über CHF 10 Mio. gerechnet. In der Ersten Etappe ist der Ersatz einer Reinigungsstufe, Sicherheitsmassnahmen sowie die Sicherstellung der Kapazität vorgesehen. Der Verband hat den Kredit gemäss Statuten zum Referendum öffentlich ausgeschrieben. Das Referendum wurde nicht ergriffen und der Verpflichtungskredit hat Rechtskraft erlangt. Im Budget 2026 ist unter dem Begriff «ARA-Ertüchtigung 2026-2028» der Betrag von CHF 1,220 Mio. enthalten.

Anpassung Betriebsgebühren (Information)

Gestützt auf Artikel 7 (Gebührenpflicht) des Gesetzes über die Abfallentsorgung der Gemeinde in Verbindung mit Artikel 24 bis 27 zur Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Abfallentsorgung hat der Gemeindevorstand als zuständiges Gremium nachstehende Anpassung der Verbrauchsgebühren auf den 1. Januar 2026 beschlossen:

- Umweltgebühr von CHF 0.30 auf CHF 0.45 pro m³ Frischwasser sowie der Maximalbetrag für die Landwirtschaft von CHF 150.00 auf CHF 225.00 und für die Industrie von CHF 300.00 auf CHF 450.00;
- Kehrichtsäcke 17 Liter Rollen à 10 Säcke von CHF 16.00 auf CHF 19.00;
- Kehrichtsäcke 35 Liter Rollen à 10 Säcke von CHF 30.00 auf CHF 36.00;
- Kehrichtsäcke 60 Liter Rollen à 10 Säcke von CHF 50.00 auf CHF 60.00.

Die Anpassung erfolgt aufgrund der gestiegenen Kosten. Der Preisüberwacher hat die Anpassungen genehmigt.

Die Erfolgsrechnung der Industriellen Betriebe rechnet mit Aufwendungen von CHF 4'079'200.- und Erträgen von CHF 4'101'000.-. Daraus resultiert ein Ertragsüberschuss

von CHF 22'600.-. Die Bruttoinvestitionen belaufen sich auf CHF 6,510 Mio. An Investitionsbeiträgen wird mit CHF 0,250 Mio. gerechnet.

Zum Budget orientiert die Departementsvorsteherin, dass auch Mittel für die strategische Weiterentwicklung aufgenommen wurden. Zu diesen Positionen hat die Mitte-Partei einen Antrag eingereicht. Die Mitte-Partei erachtet den Betrag von CHF 0,220 Mio. für die Strategieentwicklung als sehr hoch. Bei den hoheitlichen Werken Wasser, Abwasser und Abfall soll die Budgetposition Strategie von CHF 40'000.- auf CHF 5'000.- reduziert werden. Bei den im Wettbewerb stehenden Werken Kommunikation und Erdgasversorgung soll die Budgetposition Strategie von CHF 50'000.- auf CHF 10'000.- reduziert werden. Somit würden noch CHF 35'000.- für Strategieentwicklungen zur Verfügung stehen. Bei den hoheitlichen Werken gibt das Gesetz den Rahmen vor und es bedarf keiner weiteren Strategie. Bei den übrigen Werken ist eine Begleitung der Strategieentwicklung sinnvoll. Mit CHF 10'000.- pro Werk sollte dies jedoch ausreichen. Im Falle einer Zustimmung zu den Kürzungsanträgen könnte der Gemeindevorstand über eine Konzession der IBL an die Gemeinde aus den Werken Kommunikation und Erdgasversorgung von CHF 100'000.- nachdenken. Gemäss Departementsvorsteherin gehe es nicht um Betriebskosten. Es gehe um den Entscheid über die Eigentumsverhältnisse in den nächsten 60 bis 100 Jahren. Bei den hoheitlichen Werken seien Entscheide über Grundwasserpumpwerk, Trennsysteme bei der Abwasserentsorgung o.ä. mit grosser Tragweite zu fällen. Beim Kommunikationsnetz stellen sich ausser technischen Fragen auch die Frage eines Verkaufs oder Weiterbetriebs durch die Gemeinde. Der Weiterbetrieb der Erdgasversorgung beinhalte in der heutigen Zeit grosse Unsicherheiten. Bei der Entscheidungsfindung sei die Beratung durch spezialisierte Fachpersonen unerlässlich. Aus den dargelegten Gründen empfiehlt der Gemeindevorstand, die Anträge der Mitte-Partei abzulehnen. Die Diskussion wird nicht gewünscht und die Versammlung stimmt über den ersten Antrag der Mitte-Partei zur Kürzung der Budgetpositionen im Bereich Strategie ab:

Der Antrag der Mitte-Partei zur Kürzung der Budgetposition Strategie im Bereich Wasserversorgung um CHF 35'000.- wird mit 97 zu 138 Stimmen abgelehnt. Aufgrund des Ergebnisses zieht die Mittepartei die Anträge zurück.

Die Diskussion ist nicht mehr erwünscht. Die Versammlung stimmt im Budget 2026 der Erfolgsrechnung mit einem Aufwand von CHF 4'158'900.- und einem Ertrag von CHF 4'181'500.- sowie der Investitionsrechnung mit Bruttoinvestitionen über CHF 6,510 Mio. einstimmig zu.

Zum Eintreten in die Budgetdebatte der Gemeinde weist der Präsident auf ein Defizit von CHF 1,070 Mio. hin. Der Gemeindevorstand hat das Budget anlässlich seiner Beratungen bereits erheblich gekürzt. Der Nettosteuerertrag liegt im Rahmen des Vorjahres. Der Zinsbelastungsanteil ist mit 1,3% weiterhin tief. Die Bruttoinvestitionen liegen bei CHF 10,8 Mio. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 8%. 92% der Nettoinvestitionen müssen über Fremdkapital finanziert werden. Entsprechend werden die Schulden ansteigen.

Erfolgsrechnung

Der Aufwand mit Abschreibungen übersteigt den Ertrag, so dass mit rund CHF 1,0 Mio. Aufwandüberschuss zu rechnen ist.

Investitionsrechnung

Die Bruttoinvestitionen von CHF 10,820 Mio. werden mit CHF 1,390 Mio. Einnahmen mitfinanziert. Somit bleiben CHF 9,430 Mio. an Nettoinvestitionen.

Finanzierung

Da aus der Erfolgsrechnung der Cashflow nur CHF 760'000.- beträgt, entsteht ein Fehlbetrag von CHF 8.670 Mio., welchen die Gemeinde über Fremdkapital finanzieren muss. Nach diesen Ausführungen wird die Diskussion nicht erwünscht und Eintreten beschlossen.

Verpflichtungskredit (Erfolgsrechnung)

Verpflichtungskredit «PAT mit Eltern lernen» über CHF 90'000.- läuft über drei Jahre (2026-2028). Dabei handelt es sich um eine kantonale Pilotphase bis ins Jahr 2028. Anschliessend soll das Projekt in einen Regelbetrieb übergehen. Acht Gemeinden beteiligen sich daran. Der Kanton finanziert 80% und die Gemeinde 20%. Im Budget 2025 hat die Gemeindeversammlung bereits CHF 30'000.- genehmigt. PAT bedeutet „Parents as Teachers - Mit Eltern Lernen Graubünden“. Ziel ist es, den Rahmen für eine gesunde Entwicklung zu schaffen und den Lernort Familie zu stärken, um die Bildungschancen der Kinder zu verbessern. Somit können spätere Lern- und Verhaltensproblemen in der Schule vorgebeugt werden. In der Gemeinde nehmen im nächsten Jahr 2 - 3 Familien teil. Im Jahr 2028 sollen maximal 8 Familien betreut werden. Der Gemeindevorstand empfiehlt, den Verpflichtungskredit zu genehmigen. Ein Versammlungsteilnehmer ist der Ansicht, dass die Gemeinde aufgrund der Sparsbemühungen sich nicht an Pilotprojekten beteiligen sollte. Im Kanton seien genügend Institutionen vorhanden, welche derartige Projekte begleiten können. Die Gemeinde solle das Ergebnis des Pilotprojektes abwarten und dann über eine Aufnahme entscheiden. Ein Mitglied der Gemeindeversammlung weist auf die steigenden Kosten im Bildungsbereich hin. Es wird am Erfolg gezweifelt und empfohlen, den Antrag abzulehnen. Der Departementsvorsteher stimmt den Voten zu, dass der Betrag von CHF 90'000.- für die Gemeinde recht hoch sei. Dennoch stelle der Departementsvorsteher fest, dass das Programm in der Gemeinde bereits Wirkung zeigt. Gemäss dem Präsidenten kann die Gemeinde über das Projekt Kosten für andere schulische Massnahmen einsparen. Nachdem die Diskussion nicht mehr erwünscht ist, stimmt die Versammlung dem Verpflichtungskredit über CHF 90'000.- für das Projekt «PAT mit Eltern lernen» mit 125 zu 106 Stimmen zu.

Verpflichtungskredite (Investitionsrechnung)

Der Departementsvorsteher erläutert der Versammlung die Verpflichtungskredite in der Investitionsrechnung:

Feuerwehr Gebäudeerweiterung über CHF 250'000.-

Dabei handelt es sich um einen Projektierungskredit für die Erweiterung des Feuerwehrdepots Richtung Westen.

Ried Schule Provisorium über CHF 1'850'000.-

Der fehlende Schulraum von drei Klassenzimmer sowie zwei Gruppenräume soll mit dem Provisorium rechtzeitig sichergestellt werden.

Rüti Schule Provisorium über CHF 1'850'000.-

Auch hier muss der fehlende Schulraum von drei Klassenzimmer sowie zwei Gruppenräumen mit einem Provisorium rechtzeitig sichergestellt werden.

Forum Arealentwicklung über CHF 300'000.-

In den nächsten Jahren stehen im Forum grössere Sanierungsarbeiten an. Mit diesem Projektierungskredit will der Gemeindevorstand eine Marktanalyse mit Entscheidungsfindung

für das weitere Vorgehen über das ganze Areal (ehemalige Usegohalle, Forum mit südlicher Wiese) erarbeiten.

Wurftaubenanlage Ganda über CHF 150'000.-

Mit diesem Planungskredit soll der Umfang der Sanierungsarbeiten bestimmt werden. Danach sollen die Sanierungsarbeiten in Angriff genommen werden.

Allg. Sanierungen Strassen über CHF 375'000.-

Mit diesem Kreditbegehren soll auf bereits instand gestellten Strassen noch die Deckbeläge eingebracht werden.

Fussweganbindung Station Ried über CHF 290'000.-

Hier soll ein Fussweg ab der Station Ried über die Sägenstrasse bis zum Löserweg erstellt werden.

Bushaltestelle Dorfplatz inkl. Kreuzung über CHF 660'000.-

Hier handelt es sich um Investitionen, welche die Gemeinde im Zusammenhang mit dem neuen Dorfplatz in Angriff nehmen muss. Es sind dies zwei Bushaltestellen mit Treppenaufgang, Verbesserung der Situation für Fussgänger sowie auf der Südostseite des Rathauses ein Velounterstand.

Fussweg Hirschengasse - Kirchgasse über CHF 350'000.-

Minimale Verbindung als Fuss- und Veloweg zur Sicherung des Schulwegs.

Fendt 313 Vario mit Schneefräse über CHF 162'900.-

Ersatz der alten Schneeschleuder durch einen Traktor mit Schleuder.

In der Diskussion meldet sich ein Versammlungsteilnehmer und möchte wissen, was die Gemeinde mit der Wurftaubenanlage zu tun habe. Gemäss dem Departementsvorsteher hat die Gemeinde vom Kanton die Auflage erhalten, die Sanierung bis Ende 2028 durchzuführen. Bund und Kanton leisten Beiträge an die Sanierungskosten. Unklar ist, wie weit der Verein zu Beiträgen herangezogen werden kann. Im Weiteren stellt sich der Versammlungsteilnehmer die Frage, ob der Fussweg ab der Station Ried notwendig ist. Gemäss dem Departementsvorsteher kann das Projekt über das Agglomerationsprogramm umgesetzt werden. Damit können Bundes- und Kantonsbeiträge gesichert werden, was später nicht mehr möglich ist. Auch die Fusswegverbindung Hirschengasse - Kirchgasse stellt der Versammlungsteilnehmer in Frage. Wie bereits erwähnt, möchte der Gemeindevorstand damit eine sichere Verbindung für Fussgänger und Radfahrer schaffen. Gemäss einem Versammlungsteilnehmer ist die Verbindung im Verkehrskonzept, welches die Gemeinde genehmigt hat, enthalten. Sowohl die Fussweganbindung Station Ried und die Verbindung Hirschengasse - Kirchgasse dienen der Verkehrssicherheit. An die Bruttokreditbegehren erhält die Gemeinde Bundes- und Kantonsbeiträge. Ein Teilnehmer der Gemeindeversammlung stört sich am Verpflichtungskredit für das Forum. Er ist der Meinung, dass in den letzten Jahren mehrmals Planungen gemacht wurden. Der Kredit soll nicht bewilligt werden. Zudem möchte er wissen, ob für die Beschaffung des Traktors Vergleichsofferten eingezogen wurden. Auch soll die Fusswegverbindung Hirschengasse - Kirchgasse zurückgestellt werden. Es gebe gefährlichere Schulwege. Gemäss Gemeindevorstandsmitglied ist die Gemeinde auf der Suche nach einem neuen Mieter für das Untergeschoss der Halle, was sich als schwierig erweist. Im Weiteren ist mit der Revision der Nutzungsplanung die Wiese vor dem Forum mit einer Bauverpflichtung belegt worden, was den Gemeindevorstand mittelfristig

zum Handeln zwingt. Zum Dritten möchte der Gemeindevorstand fundierte Unterlagen für den Entscheid, wie mit dem Forum umzugehen ist, erhalten. Mit der Verbindung Hirschengasse - Kirchgasse soll die Situation verbessert werden. Zudem erhält die Gemeinde, wie bereits erwähnt, Bundes- und Kantonsbeiträge. Ein anderes Gemeindevorstandsmitglied informiert, dass die Schneeschleuder beinahe 50 Jahre alt ist und den heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht. Zudem sind Reparaturkosten zu erwarten. Die Gemeinde ist für den Abtransport von Schnee auf eine Schleuder angewiesen. Auch die Vergabe an externe Firmen wurde geprüft, ist jedoch mangels Angebote nicht möglich. Vergleichsofferten wurden eingezogen. Im vorliegenden Fall handelt es sich jedoch um ein Vorführmodell. Ein weiterer Teilnehmer meint, dass die Bürgergemeinde als direkt betroffene bei der Arealentwicklung mitreden sollte. Gemäss Departementsvorsteher ist der Bürgerrat eingebunden.

Im Anschluss an die Diskussion wird über die Verpflichtungskredite abgestimmt.

- Dem Planungskredit über CHF 250'000.- für die Erweiterung des Feuerwehrdepots wird zugestimmt.
- Den Baukrediten über je CHF 1,850 Mio. für die Schulraumprovisorien Rüti und Ried wird zugestimmt.
- Der Planungskredit über CHF 300'000.- für die Arealentwicklung Forum wird mit 118 zu 120 Stimmen und 13 Enthaltungen abgelehnt.
- Dem Planungskredit über CHF 150'000.- für die Wurftaubenanlage Ganda wird zugestimmt.
- Dem Baukredit über CHF 375'000.- für die Strassensanierung wird zugestimmt.
- Dem Baukredit über CHF 290'000.- für die Fussweganbindung Station Ried wird mit 159 zu 51 Stimmen zugestimmt.
- Dem Baukredit über CHF 660'000.- für die Bushaltestellen Dorfplatz inkl. Kreuzung wird mit grossem Mehr zugestimmt.
- Dem Baukredit über CHF 350'000.- für den Fussweg Hirschengasse - Kirchgasse wird mit grossem Mehr zugestimmt.
- Dem Kredit über CHF 162'900.- für die Beschaffung des Fendt 313 Vario wird mit grossem Mehr zugestimmt.

Zum ordentlichen Budget weist der Präsident nochmals auf das Defizit von CHF 1,1 Mio. hin. Im Weiteren erläutert er in der Erfolgsrechnung die Positionen Personalaufwand, Sach- und Betriebsaufwand, Abschreibungen, Transferaufwand sowie die Ertragsseite. In der Investitionsrechnung ist, aufgrund der Ablehnung des Verpflichtungskredits Arealentwicklung Forum, eine Korrektur notwendig. Die Bruttoinvestitionen sinken somit von CHF 10,821 Mio. auf CHF 10,521 Mio. Zum Schluss werden noch einige Kennzahlen erklärt. Die Versammlung wünscht die Diskussion nicht mehr und stimmt im Budget 2026 der Erfolgsrechnung mit einem Aufwand von CHF 48'893'400.- und einem Ertrag von CHF 47'823'000.- sowie der Investitionsrechnung mit Bruttoinvestitionen über CHF 10,521 Mio. mit grossem Mehr zu

Der Gemeindevorstand schlägt die Beibehaltung des Steuerfusses von 95% der einfachen Kantonssteuer vor. Im Finanzplan rechnet der Gemeindevorstand mit einem Wachstum von 1 % pro Jahr, einem Kostenanstieg von 0,5 % bei gleichbleibendem Steuerfuss sowie ohne Teuerung. In der Planperiode 2026 bis 2030 wird jedes Jahr mit einem Defizit gerechnet. Die Abschreibungen und Nettoinvestitionen werden ebenfalls zunehmen.

Die Versammlung stimmt einem Steuerfuss von 95 % der einfachen Kantonssteuer diskussionslos und mit grossem Mehr zu.

2025-18

027.03.

Gemeindeversammlungen

Verschiedenes und Umfrage

Unter Verschiedenem und Umfrage wird über folgendes informiert:

Die Arbeit der Anlaufstelle für Altersfragen und eine Veranstaltung vom 5. März 2026 im Forum. Dabei geht es um einen Austausch innerhalb der Vereine.

Die Baumpflegemassnahmen an der Stationsstrasse, die neue Brücke am Rheinweg in Mastrils sowie Baumschutzmassnahmen an der Bahnhofstrasse Landquart. Am 14. Januar 2026 findet im Forum Landquart über Energiestadt wiederum eine Tischmesse statt.

Das Projekt Strategie frühe Kindheit.

Die Schulraumstrategie, das Leitbild, die Legislaturziele, das Kommunikationskonzept sowie ein neues Logo.

Aus der Versammlung meldet sich ein Teilnehmer und verweist auf das Leitbild. Der Entscheid, den Herbst- und Weihnachtsmarkt nicht mehr finanziell zu unterstützen entspreche nicht dem Leitbild. Dieser Entscheid sei beschämend.

Ein weiterer Versammlungsteilnehmer erkundigt sich, was die Gemeinde für das neue Logo ausbe. Im Budget 2026 ist dafür ein Betrag von CHF 8'000.- vorgesehen.

Um 23:15 Uhr schliesst der Präsident die Versammlung mit den besten Wünschen für die kommenden Festtage und das neue Jahr und weist auf die Versammlungstermine vom 25. Juni und 10. Dezember 2026 hin.

Gemeindevorstand Landquart

Präsident:

Gemeindeschreiber:

A. Thöny

F. Niggli